

„Mein Wahlkampf ist intellektuell-rational“

CSU-Chef Franz Josef Strauß über Sozialismus, Staatsfinanzen und Ostpolitik

SPIEGEL: Herr Strauß, nur 17 Prozent der Wahlberechtigten sind nach einer Emnid-Umfrage davon überzeugt, daß Sie der CDU/CSU zusätzliche Stimmen bringen, 24 Prozent glauben, Sie schaden der Union. Warum ist Ihr Wählerimage so schlecht?

STRAUSS: Erlauben Sie mir, ohne intellektuelle Arroganz Ihnen meine Meinung zu sagen, daß nicht nur ich, aber auch ich, von solchen Umfragen wenig halte. Es gibt auch Umfragen mit einem umgekehrten Ergebnis. Das Ganze ist kein politisches Thema, sondern gehört in den Bereich der Parapsychologie.

SPIEGEL: Kratzt es Sie denn nicht, daß Sie neben Wehner zu den Negativ-Figuren auf der politischen Szene gehören?

STRAUSS: Wenn mein Einfluß auf die Politik der CDU/CSU so groß ist wie der von Wehner auf die Politik der SPD, dann bin ich trotz der häßlichen Fragestellung mit dieser Rolle zufrieden.

SPIEGEL: Sind Sie ein Wählerschreck?

STRAUSS: Bestimmt nicht.

SPIEGEL: Wieso aber, glauben Sie, kommt ein Meinungsforschungsinstitut dazu, danach zu fragen, ob Sie der Union schaden?

STRAUSS: Meine Zeit ist im Wahlkampf zu kostbar, als daß ich sie mit Gedankenspielerien dieser Art verschwenden würde.

SPIEGEL: Hängt es auch damit zusammen, daß Sie in einer Zeit, wo Wähler nicht mehr bereit sind, ohne weiteres in Versammlungen zu gehen und einen emotionalen Wahlkampf hinzunehmen, den Wählern zu polemisch kommen?

STRAUSS: Mein Wahlkampf ist zunächst intellektuell-rational, das heißt auf Argumenten, logisch dargestellten Zusammenhängen, Beweisen und Beweisführungen aufgebaut. Die Abteilung Polemik, Beschimpfung, Demagogie überlasse ich dem Herrn Bundeskanzler und anderen prominenten Regierungsrednern, die Herrn Carstens, Herrn Dregger und mich als Brandstifter bezeichnen. Hier bin ich der Meinung: „Tiefer hängen“ und gleichzeitig an den „Götzen von Berlichingen“ denken.

SPIEGEL: Sie müssen sich vorhalten lassen, zu den Miterfindern und

Verbreitern des CDU/CSU-Wahlslogans „Freiheit oder Sozialismus“ zu gehören. einer Alternative, die es so gar nicht gibt.

STRAUSS: Ich glaube, es ist falsch, in einer Fragestellung Behauptungen aufzustellen, die nur durch ein Fragezeichen als Frage getarnt werden sollen. Ich habe diese Parole nicht erfunden, aber sie entspricht meiner Auffassung. Der Erfinder dieser Parole ist ein

surd zu behaupten, daß Sozialismus und Freiheit identisch seien.

SPIEGEL: Es ist ebenso absurd, die Beweisführung umzudrehen: Sozialismus sei die Alternative zur Freiheit, wie Sie im Wahlkampf behaupten.

STRAUSS: Ich empfehle Ihnen, eine Wahlrede von mir anzuhören und sie im vollen Wortlaut im SPIEGEL abzu drucken.

SPIEGEL: Die ist uns zu lang.



Strauß beim SPIEGEL-Gespräch*: „Die Abteilung Polemik überlasse ich dem Bundeskanzler“

bekannter, international angesehener Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreisträger Professor Friedrich August Hayek, der bereits am Ende des Zweiten Weltkrieges, und zwar in England, nicht in einem faschistisch regierten Lande, ein höchst bemerkenswertes Buch geschrieben hat: „Der Weg zur Knechtschaft“. In diesem Buch weist er nach, daß Faschismus, Nationalsozialismus, Marxismus und Kommunismus Brüder oder Abkömmlinge derselben Eltern sind, zum Teil verfeindete Brüder sind, aber demselben ungeistigen Nährboden entstammen, nämlich dem Kollektivismus. Darum ist es ab-

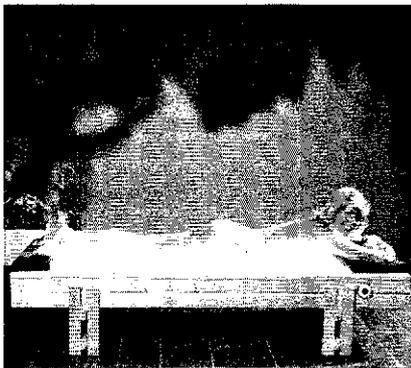
STRAUSS: Der SPIEGEL könnte ja auch einmal einen vernünftigen Inhalt haben, dann würden Sie der Versuchung widerstehen, noch ähnliche sinnlose Fragen zu stellen. Zur Person des Verfassers dieses Buches darf ich noch sagen, daß er aufgrund seiner wirtschaftswissenschaftlichen Leistung ein echter Nobelpreisträger ist. Er hat den Nobelpreis, und zwar erst vor einigen Jahren, für seine international anerkannte wissenschaftliche Leistung als Wirtschaftswissenschaftler und damit auch gesellschaftswissenschaftlicher Denker erhalten.

SPIEGEL: Sie tun so, als ob Hayek sein Buch auf die Sozialdemokraten ge-

* In München, mit SPIEGEL-Redakteur Erich Böhme.

**Revolution im
Solarienbau:**

uwe Sunstream garantiert Urlaubsbräune in 7 Tagen.



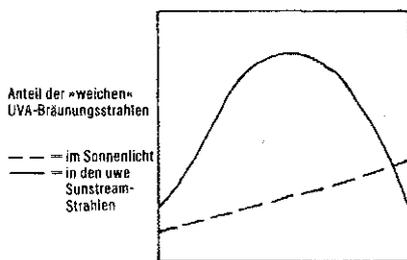
Schon häufig während der ersten, immer aber während der nächsten Bestrahlungen können Sie die Bräunung beobachten.

Tiefe Bräune erreichen Sie ohne Sonnenbrand und ohne daß die Haut austrocknet.

Das ist ein sensationeller Fortschritt. So wurde er erreicht:

In einer Ruhelage sind neuentwickelte Strahlungsröhren eingebaut, die 3- bis 4mal mehr von den UVA-Bräunungsstrahlen auf die Haut bringen als die Sonne.

Der Anteil der »harten« UVB-Strahlen, die Sonnenbrand verursachen, aber nicht bräunen, liegt weit unter dem konventioneller Solarien.



Durch uwe Sunstream sehen Sie nicht nur gesünder aus - Sie sind es auch.

Vorführung in guten Fachfirmen.
uwe Unterwasser-Electric GmbH & Co KG, 707 Schwäbisch Gmünd.

An uwe, Postfach 333/5, 707 Schwäb. Gmünd

- Sendet Prospekt von uwe Sunstream
- Prospekt erhalten auch von uwe Jetstream der meistgebauten Gegenstromschwimmanlage der Welt

Name, Adresse:

münzt habe. Er hat es aber 1944 geschrieben und, wie Sie sicher wissen, in dem Vorwort zur Neuausgabe ausdrücklich eine Kritik der Sozialdemokraten ausgeschlossen. Hier das Zitat: „Besonders erwähnt sei, daß, wenn ich in dem Buch von Sozialismus spreche, ich stets im Sinne der Zeit nur jenen älteren Sozialismus im Auge habe, der eine Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und damit notwendig eine zentrale Planwirtschaft anstrebt.“ Das können selbst Sie den Sozialdemokraten nicht vorwerfen.

STRAUSS: Soziale Demokraten werden von mir und meinen Freunden ja auch nicht als Feinde oder als Gegner der Freiheit bezeichnet. Ich habe Namen wie Friedrich Ebert, Gustav Noske, Kurt Schumacher, Fritz Erler und andere in diesem Zusammenhange immer mit großer Achtung und mit großer Anerkennung genannt. Ich hatte auch die Hoffnung, daß die Sozialdemokraten sich mit dem Godesberger Programm zu einer Volkspartei entwickeln, bei der ein ganz klarer Trennungsstrich zwischen sozialen Demokraten und marxistischen Sozialisten gezogen wird. Die Sozialdemokraten haben unter dem Einfluß nicht zuletzt der von ihnen begangenen bildungspolitischen Versäumnisse und Fehler diese Entwicklung angehalten. Und namhafte Teile der Partei sind wieder auf dem Weg zu dem alten Sozialismus, den Herr Hayek hier nennt. Unserer Generation hat man vorgeworfen, sie habe den gefährlichen Anfängen damals in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen keinen Widerstand geleistet. Heute handeln wir in Befolgung dieser Lehren nach dem Grundsatz principii obsta, widerstehe den Anfängen.

SPIEGEL: Ihre Kritik an den Sozialdemokraten gipfelt darin, daß Sie sie einteilen in gute und schlechte. Die guten, wie Ebert, Noske, Schumacher, Erler, sind tot, und die, die leben, treiben mit der Freiheit Schindluder.

STRAUSS: Ich habe nicht gewußt, daß die 2000 Mitglieder der Fritz-Erler-Gesellschaft aus Toten bestehen. Sie ist innerhalb der SPD als Kampforganisation gegen den Vormarsch des Sozialismus gegründet worden. Der Vorstand dieser Gesellschaft hat eine höchst bemerkenswerte Formulierung verabschiedet, daß konsequent auf die Dauer praktizierter Sozialismus nicht in der Lage sei, eine Freiheitsgarantie zu geben. Wenn das von eingeschriebenen, zum Teil lebenslänglich bewährten Mitgliedern der SPD als Hilferuf ausgesandt wird, dann möchte ich wissen, wer der Opposition gegen eine SPD-Regierung das Recht verwehren kann, den Finger auf die Wunde zu legen.

SPIEGEL: Sie müssen, wenn Sie sich mit der Sozialdemokratischen Partei befassen, deren „Orientierungsrahmen



Strauß-Vorbild Hayek
„Erfinder der Parole“

’85“ als Maßstab heranziehen. In diesem Parteiprogramm ist eben nicht von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Rede, sondern von freier Konsumwahl und von Marktwirtschaft, ist nur von indirekter Investitionslenkung die Rede, die Sie auch praktiziert haben. Und diesen „Orientierungsrahmen“ hat die Mehrheit der Partei beschlossen. An der Mehrheit muß man doch wohl eine Partei messen und darf nicht Äußerungen von Splitter- und Randgruppen als Gegenbeweis heranziehen, genauso wie Sie nicht wollen, daß man Splittergruppen der CDU oder CSU als Zeugen gegen die Gesamtpartei heranzieht.

STRAUSS: Bis jetzt habe ich nicht gewußt, daß die Jungsozialisten, deren Beschlüsse fast einstimmig gefaßt worden sind, nur eine Splitter- und Randgruppe sind. Sollte ich aufgrund Ihrer Belehrung zu dieser Auffassung kommen, dann muß ich der Meinung sein, daß die SPD ohne Jugend ist. Zum zweiten: Der „Orientierungsrahmen“ ist ein Selbstbedienungsladen, bei dem die Hoffnung der Marxisten am Leben erhalten und für die Zukunft beflügelt werden soll, bei der die Zuversicht der sozialen Demokraten noch aufrechterhalten und ihre Sorge für die Zukunft beschwichtigt werden soll. Sie können nicht bestreiten, daß zwischen den Formulierungen des Godesberger Programms, die zum Teil eindeutig, zum Teil aber auch mehrdeutig sind, und den Formulierungen des „Orientierungsrahmens ’85“ eine eindeutige Verschiebung im Sinne einer sozialistischen Gesellschaft bereits erfolgt ist.

SPIEGEL: Wir haben den „Orientierungsrahmen“ nicht zu verteidigen, wir stellen nur fest, daß sich die SPD darin zum freien Markt bekennt.

STRAUSS: Wo steht denn das? Ich verstehe das nämlich schon deshalb nicht, weil der Urheber, sozusagen der Großvater des „Orientierungsrahmens

'85', der Schöpfer des „Langzeitprogramms“, das dem „Orientierungsrahmen '85“ als Skizze vorausgegangen ist, vor kurzem in Wien etwas ganz anderes erklärt hat. Helmut Schmidt sagte im österreichischen Fernsehen, zitiert nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 6. Juli 76: „Marktwirtschaft ist von sich aus niemals sozial. Im Gegenteil, soziale Politik, sozialer Ausgleich können niemals durch Marktwirtschaft herbeigeführt werden. Die soziale Politik im engeren wie im weiteren Sinn ist immer das krasse Gegenteil von Marktwirtschaft.“ So Helmut Schmidt wörtlich. Ich kann mir nur schwer vorstellen, daß der „Orientierungsrahmen '85“ ein Bekenntnis zum freien Markt enthält. Ich bitte Sie, mir dann das Zitat zu verlesen.

SPIEGEL: Jedes Programm einer pluralistischen Partei ist auf dem Kompromißweg zustande gekommen. Haben Sie das Parteiprogramm aber vor sich, dann müssen Sie dessen Wortlaut auch anerkennen, oder Sie müssen der Partei nachweisen, daß sie sich an ihr eigenes Programm nicht hält.

STRAUSS: Wer so voreingenommen ist, wie es die Linie Ihres Blattes vor schreibt...

SPIEGEL: Die schreibt nichts vor.

STRAUSS: ... vermag natürlich hier nicht mehr vorurteilsfrei oder in logisch rationalen Zusammenhängen zu denken. Es gibt doch keinen Zweifel, daß eine marxistische Gesellschaftsordnung nur mit Gewalt und unter Aufgabe der Freiheit geschaffen werden kann. Es gibt ferner keinen

nach wie vor der Aberglaube des Steinzeit-Sozialismus, auf den die SPD sich wieder zurückbewegt, zum Ausdruck, daß nämlich alle Übel und Gebrechen unserer Gesellschaftsordnung auf den Privatbesitz an Produktionsmitteln zurückzuführen seien. Da man aber die Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln noch nicht offen zu propagieren wagt, ferner keine vernünftige Ersatzlösung dafür anbieten kann, redet man davon, daß man die Marktwirtschaft nur verbessern wolle, während man in Wirklichkeit eine andere Gesellschaftsordnung will. Genau da trennen sich die Geister zwischen den Vätern des „Orientierungsrahmens“ und uns.

SPIEGEL: Herr Strauß, es ist wohl nicht vermeidbar, daß wir aneinander vorbeireden. Aber was sagen Sie zu dem Satz aus dem „Orientierungsrahmen“: „Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmer-Initiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“? Wo steckt da der Marxismus?

STRAUSS: Diese Sätze sind für die Einesgläubigen. Und dann gibt es wieder Sätze für die Andersgläubigen. Mit Ihrer punktuellen Auswahl von Zitaten, denen ich eine punktuelle Auswahl von Gegenzitaten entgegensetzen kann, beweisen Sie doch nur, daß ich damit recht habe, daß es sich hier um einen Jedermann-Katalog handelt mit dem Unterschied, daß Warenversandhäuser keine Mogelpackungen verkaufen dürfen.

SPIEGEL: Ihnen haben offenbar verantwortliche, die Parteimehrheit repräsentierende Sozialdemokraten geraten, ihr Ziel sei eine marxistische Gesellschaftsordnung. Aus dem „Orientierungsrahmen“ kann das nicht stammen.

STRAUSS: Da ist zum Beispiel Herbert Wehner, der wörtlich erklärt hat: „Ich kann die Prämisse nicht akzeptieren, daß es Unterschiede gäbe zwischen Sozialisten und demokratischen Sozialisten und Sozialdemokraten.“ Also sind nach Herbert Wehner Sozialisten — das müssen marxistische Sozialisten sein — demokratische Sozialisten.

SPIEGEL: Das sagt er aber nicht.

STRAUSS: Was heißt das denn sonst?

SPIEGEL: Wehner wehrt sich doch lediglich gegen das Auseinanderdividieren der Sozialdemokraten.

STRAUSS: Und ein Jahr später sagte Herbert Wehner am 19. Januar 1973, ich zitiere ihn wörtlich: „Ich halte eine Annäherung der Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik und der DDR für möglich, Deutschland kann zu einer Art Experimentierfeld für die Koexistenz und in der Folge der Kooperation verschiedener Gesell-



Strauß-Feind Wehner: „Genau da trennen sich die Geister“

SPIEGEL: In dem Kapitel „Markt und Lenkung“ des „Orientierungsrahmens '85“ heißt es in wörtlicher Übereinstimmung mit dem „Godesberger Programm“: „Die Sozialdemokratische Partei bejaht ... den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten.“ Wenn dies nicht ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft ist...

STRAUSS: Der „Orientierungsrahmen '85“ ist doch nichts anderes — vielleicht begreifen Sie es zum zweiten Mal, und wenn nicht, bin ich gerne bereit, es zum dritten Mal zu sagen — als ein Selbstbedienungsladen, ein Sammelurium von nicht zusammenpassenden wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Thesen, deren einziger Zweck es ist, den Zerfall der Partei nach außen zu verhindern und im Inneren zu überkleistern.

Zweifel, daß es in der SPD einen starken marxistischen Flügel gibt, vor allen Dingen in der intellektuellen Führungsgruppe bei den Jungsozialisten und in gewissen regionalen Bereichen. Es gibt keinen Zweifel, daß Herr Brandt die SPD als die politische Heimat für alle Marxisten erklärt hat.

SPIEGEL: Zweifelsfrei läßt sich auch nicht herauslesen, eine marxistische Gesellschaftsordnung sei das Ziel der Sozialdemokratischen Partei.

STRAUSS: Ich weiß nicht, auf welche Schule Sie gegangen sind, und ich weiß nicht, welcher Bildungspolitiker an Ihrer Lesefähigkeit die Verantwortung trägt. Aber wer lesen kann und denken kann — nämlich so denken kann, daß er den Text lesen und auch das, was zwischen den Zeilen steht, logisch und konsequent ausdeuten kann —, der kommt zu einem genau gegenteiligen Ergebnis, als Sie es tun. Im „Orientierungsrahmen '85“ kommt ja

schaftsordnungen werden.“ Das ist doch die Konvergenz-Theorie des Zusammenwachsens. Die Bundesrepublik muß sozialistisch werden, weil die DDR sonst nicht mit dieser Bundesrepublik in nähere Kooperation und Koordinierung treten kann.

SPIEGEL: Diese Auseinandersetzung führt zu nichts, wenn Sie nicht anerkennen, daß es Ihre Alternative hier Freiheit — dort Sozialismus gar nicht gibt. Es ließe sich wohl darüber streiten, daß eine Parteienkonstellation ein stärkeres Gewicht auf Freiheit, die andere ein stärkeres auf Gleichheit legt.

STRAUSS: Dann müssen Sie eine neue Partei gründen und das zum Gegenstand Ihres Parteiprogrammes machen. Konsequenter praktizierter Sozialismus ist unvereinbar mit einer Freiheitsgarantie. Das sagt die Fritz-Erler-Gesellschaft, das ist unsere Überzeugung.

SPIEGEL: Sie sagen, der Wähler müsse klare Alternativen gesetzt bekommen. Wie soll denn ein Wähler, der nun schon sieben Jahre in einem Land lebt, das von einem Sozialdemokraten als Bundeskanzler geführt wird und dem es trotz Weltwirtschaftskrise relativ gut geht, plötzlich seine Freiheit bedroht sehen?

STRAUSS: Meinen Sie vielleicht, daß ein Drittel der Arbeitnehmer schon unter den Elendsverhältnissen der Massenarbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise der Endphase der Weimarer Republik leben muß, damit man eine Regierung als gescheitert bezeichnen darf? Ich möchte ja Ihrem Verrechnungsbedürfnis für eine sozialdemokratisch geführte Regierung nicht widersprechen. Das ist ja Ihr gutes Recht, das ich als Vertreter der geistigen Freiheit Ihnen zubillige. Man soll bloß aufhören, mich mit so etwas zu belästigen.

digen 21,55 Mark, dem Verheirateten mit zwei Kindern 22,93 Mark. Kriegt er bei 2000 Mark 110 Mark mehr, dann verbleiben dem Ledigen 26,14 Mark, dem Verheirateten mit zwei Kindern 45,47 Mark. Bei einer Steigerung von 3000 auf 3165 Mark bleiben ihm 12,27 Mark beziehungsweise 57,10 Mark. Hier sind Steuern und Sozialabgaben zusammengezogen. Vergleichen Sie dann mal, wie die Preise im gleichen Zeitraum, selbst wenn es nur fünf Prozent sind, steigen, was dann bei diesem Netto-Mehreinkommen noch an wirklicher Verbesserung oder an wirklichem Fortschritt für den einzelnen erzielt werden kann.

SPIEGEL: Sie tun so, als ob Sie von den Opfern eines blutrünstigen Marxismus oder eines zähnefletschenden Sozialismus sprächen. Das sind doch in Wahrheit Steuerbürger, die die Konsequenzen aus einer Steuerreform tragen



Kohls Schattenkabinett

Abendzeitung, München

gen. Im übrigen darf ich Ihnen, wenn Sie mir die Frage stellen, wie soll der einzelne überhaupt merken, daß er in Bedrängnis ist, vorrechnen, daß der Arbeitnehmer heute von jeder zusätzlich verdienten Mark 58 Pfennig in die öffentlichen Kassen zahlen muß, daß für ihn 18 Prozent für die Altersversorgung und zwölf Prozent und mehr für die Krankenversicherung...

SPIEGEL: Könnten Sie Ihren Wahlkampf nicht überzeugender führen, wenn Sie nuancierter argumentieren?

STRAUSS: Ein Wahlkampf muß für den Bürger klare Fronten aufweisen. Man hat ja auch klare Fronten zu bilden versucht, als die SPD nach Geheimverhandlungen mit den italienischen Kommunisten die Gemeinschaft der Demokraten aufgebrochen und gesagt hat: Hier steht die Entspannung, und dort steht der Kalte Krieg. Jetzt, wo dieselbe Gruppe mit ihrem Programm sowohl geistig wie in der politischen Wirklichkeit in unserem Lande gescheitert ist, sollen wir uns auf einmal in eine Gemeinsamkeit einbeziehen lassen, hinter deren Nebelvorhang, von Rauchkerzen noch verstärkt, die geistgeschichtliche Klärung nicht betrieben werden darf.

SPIEGEL: Soweit ist es bei der Krankenversicherung noch nicht. Derzeit beträgt die Belastung durchschnittlich zehn Prozent.

STRAUSS: In welcher Welt leben Sie denn? Alle Ersatzkassen sind schon über zwölf Prozent. Legen Sie mal eine Lohnerhöhung im Jahr 1976 gegenüber 1975 in Höhe von 5½ Prozent zugrunde, und rechnen Sie aus, was übrigbleibt für einen Ledigen und für einen Verheirateten mit zwei Kindern. Kriegt er bei 1000 Mark Einkommen 55 Mark im Brutto mehr, dann bleiben dem Le-

müssen, die die Union mit unterschrieben hat.

STRAUSS: Entschuldigen Sie, das ist Ihr dümmstes Argument. Wir haben diese Steuerreform in wesentlichen Punkten für verfehlt erklärt, haben aber, um wenigstens einige Verbesserungen zu erreichen, zähneknirschend und unter Aufzählung der Fehler diesem Werk zugestimmt. Darum möchte ich mir ein für allemal verbitten, daß wir für ein Ja in der Weise herangezogen werden, das unter diesen Umständen gegenüber einem Gesetzgebungswerk entstanden ist, das wir in seiner Gesamtheit auch heute noch dem Zeitpunkt nach und dem Inhalt nach für weitgehend verfehlt halten.

SPIEGEL: Dann hätten Sie es seinerzeit nicht verabschieden dürfen.

STRAUSS: Dann wäre nicht einmal die Verbesserung herausgekommen, die wir wenigstens um den Preis unseres Ja nach langen mühseligen Verhandlungen erzwingen konnten.

SPIEGEL: Sie halten die Steuerbelastung für zu hoch. Was würde ein Finanzminister Strauß ändern?

STRAUSS: Ich halte in diesen Bereichen der unteren und mittleren Einkommen die Steuerprogression für zu scharf. Ich halte die Substanzbesteuerung der Wirtschaft für einen der Hauptgründe für die heutige Arbeitslosigkeit, da 60 Prozent der Arbeitnehmer im mittelständischen Bereich beschäftigt sind. Und ich halte die ständige Erhöhung der Steuern, nur um eine verfehlte, mit zweistelligen jährlichen Zuwachsraten bis vor kurzem ausgestattete Haushaltspolitik aufrechtzuerhalten, für eine Sünde wider das Gebot des sorgsamen Umganges mit Steuergeldern und wider das Gebot einer soliden Finanzpolitik.

SPIEGEL: Die derzeitige Finanzlage sieht aber keinesfalls so aus, daß ein Finanzminister Strauß Steuersenkungen versprechen könnte.

STRAUSS: Diese Ihre Frage ist genauso dumm, wie wenn nach jahrelanger Behandlung eines Patienten durch einen Kurpfuscher der herbeigerufene Arzt dann von einem Interviewer gesagt bekommt: Sie können doch nicht garantieren, daß der Patient, wenn er nach ihrer Meinung sieben Jahre falsch behandelt worden ist, jetzt morgen früh gesund ist.

SPIEGEL: Was würden Sie denn als Finanzminister machen?

STRAUSS: Da werde ich erstens Kassensturz machen, zweitens Bilanz legen, drittens Bilanz-Analyse, viertens Bilanz-Konsequenzen und fünftens der Öffentlichkeit sagen, was die möglichen Alternativen sind.

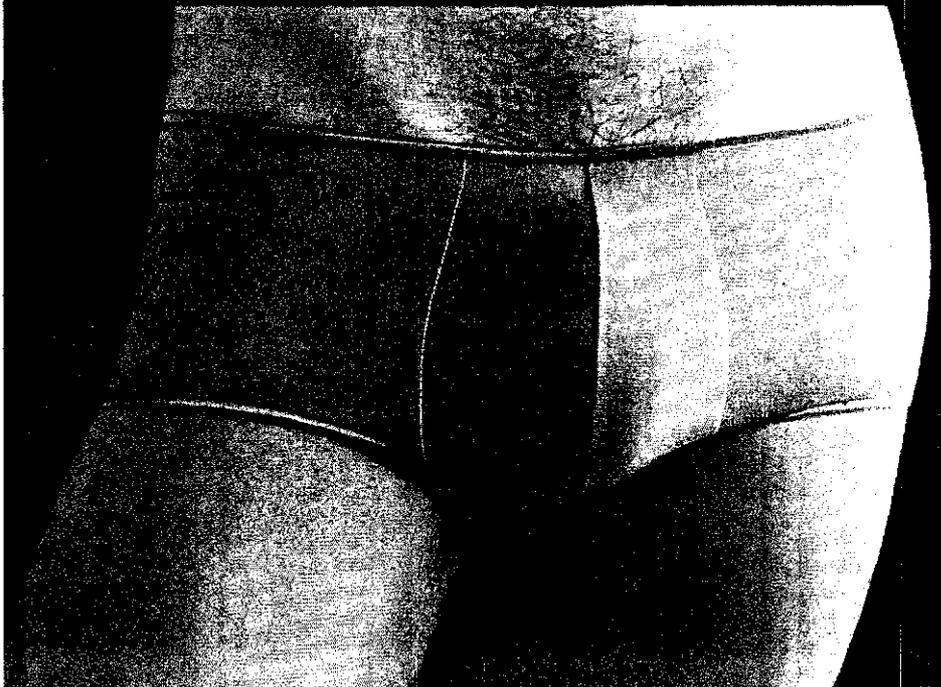
SPIEGEL: Können Sie jetzt schon welche nennen?

STRAUSS: Glauben Sie, daß ich das, was Gegenstand politischer Überlegungen und später Inhalt eines sorgsam ausgewogenen Programms sein muß, auf dem Wege eines Interviews hier in der Öffentlichkeit ausposaune? Ich bin doch kein Gockel, der Eier legt.

SPIEGEL: Sie sagen, Sie müßten zuerst Kassensturz machen, ehe Sie Konsequenzen ziehen könnten. Aber was sagen Sie zu den schon heute erhobenen Finanzforderungen mutmaßlicher künftiger Kollegen im Kabinett? Stoltenberg beispielsweise verlangt eine nachhaltige steuerliche Entlastung der Wirtschaft. Und die anderen stehen ebenfalls Schlange.

STRAUSS: Selbst ein verschuldeter Bauer, der seinen Betrieb wieder in Ordnung bringen will, oder sein Nachfolger, sein Erbe, tut gut daran, wenn er selbst bei schlechter Finanzlage Kraftfutter kauft, damit die Kühe ihre Milchleistung vervielfachen können. Wir werden unsere wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme nicht mehr in Ordnung bringen, wenn nicht

Soviel Freiheit wie nötig, soviel Mann wie möglich. HOMIX-der Slip.



Männer sind anatomisch verschieden - und wollen doch das gleiche: Bequemlichkeit dort, wo der Mann anfängt. Und das ist das Neue beim HOMIX: eine durchstudierte Mischung aus Baumwolle und Lycra*, also ohne Druckstellen. Sitzt hinten höher als vorn; also Rundum-Verpackung auch bei extremsten Bewegungen. Homix ist der Slip, den man unter keiner Hose sieht. Dabei gibt es ihn in 9 männlichen Farben: jeans blau, gold, hellblau, haut, türkis, braun, rot, schwarz. Und in hochzeitsnacht-weiß

* DU PONT's eingetragenes Warenzeichen

HOM
eine reine Männersache.

HOM Vertriebsgesellschaft mbH, 4 Düsseldorf,
Postfach 4131, Telefon: 359953 und 359601.
Auch in der Schweiz und in Österreich erhältlich.

im Rahmen einer gewissen Zeit, die man jetzt nicht auf den Monat oder ein halbes Jahr genau sagen kann, eine Wirkungskette hergestellt wird, die mit der Steigerung der Investitionen um real acht bis neun Prozent beginnt. Auf dieser Voraussetzung basiert eine Steigerung des realen Wirtschaftswachstums um vier bis fünf Prozent. Auf dieser Voraussetzung beruht die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die Stoltenberg-Pläne dienen dazu — die sind ja auch nicht neu und nicht von ihm, sondern das ist Gemeinschaftsarbeit —, gerade der mittelständischen Wirtschaft soviel Entlastung zu verschaffen, daß dort wieder die Resignation aufhört, Vertrauen entsteht, die notwendige Bereitschaft und auch finanzielle Fähigkeit zur Vornahme von Investitionen erfolgt.

SPIEGEL: Wie steht es um Stoltenbergs Steuersenkungspläne?

STRAUSS: Finden Sie sich doch mit dem Schicksal ab, daß ich meine Überlegungen und die durch meine Überlegungen festgestellten Notwendigkeiten nicht auf dem Wege über ein SPIEGEL-Interview meinen zukünftigen Kollegen mitteile.

SPIEGEL: Sie können nicht auf der einen Seite der derzeitigen Regierung Fehler vorwerfen, auf der anderen aber nicht verraten, was Sie besser machen wollen.

STRAUSS: Das sage ich schon. Aber die Voraussetzung ist Kassensturz, Bilanz, Bilanz-Analyse, Bilanz-Konsequenzen, Zusammenstellung eines Programms und Bekanntgabe dieses Programms von den Voraussetzungen bis zu den Schlußfolgerungen.

SPIEGEL: Was sagt der potentielle Unions-Finanzminister dazu, daß sein Kanzlerkandidat, wie Sie eben beim Staatshaushalt, für die Rentenversicherung „schonungslos Kassensturz“ versprochen, zugleich aber schon eine Garantie des Rentenbestandes und eine Erhöhung der Sozialrenten um zehn Prozent angekündigt hat?

STRAUSS: Herr Kohl hat doch diese Garantie, die sich wirklich machen läßt, nur gegeben, weil diejenigen, die die Finanzgrundlagen der Rentenversicherung erschüttern und gefährden haben, im Lande mit der schamlosen Parole herumziehen, die CDU/CSU will die Altersrente abschaffen. Nicht *wir* haben doch davon gesprochen, daß die Rücklagen aufgelöst werden. Nicht *wir* haben doch davon gesprochen, daß das Brutto Lohnprinzip geändert werden soll. Nicht *wir* haben doch davon gesprochen, daß die Referenz-Periode geändert werden soll. Aber wir lassen keinen Zweifel daran, daß es nur zwei Alternativen gibt: a) Rückkehr zur Vollbeschäftigung, dann sinken die Ausgaben, steigen die Einnahmen; b) die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder zustande, dann werden die im Arbeitsleben tätigen Beitragszahler und



Finanzpolitiker Strauß: „Man kann ...“

Steuerzahler für die Aufrechterhaltung des Rentensystems mehr Prozente von ihrem Arbeitseinkommen aufbringen müssen als bisher.

SPIEGEL: In den letzten Jahren haben Sie die hohe Staatsverschuldung gegeißelt. Würden Sie Finanzminister, dann erben Sie einen Haushalt, der vermutlich ein weiteres Defizit von 20 Milliarden Mark hat. Sehen Sie eine Möglichkeit, durch Einschränkungen staatlicher Leistungen, dieses Defizit zu vermeiden, oder werden nach dem 3. Oktober weitere Schulden gemacht?

STRAUSS: Als privater Erbe kann man eine Erbschaft ausschlagen. Als politischer Erbe kann man eine Erbschaft nicht ausschlagen. Man kann auch nicht über Nacht aus Schulden Vermögen machen, sondern alle Maßnahmen dieser Art, alle Pläne und Programme dieser Art sind zumindest mittelfristig. Das Mittel der Kreditfinanzierung, vor allen Dingen für Investitionen, ist ein legitimes Mittel. Aber man soll doch nicht so tun, als ob man nicht wüßte, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. In 20 Jahren, von 1949 bis 1969, haben sämtliche CDU/CSU-geführten Regierungen mit ihren Finanzministern aus CDU/CSU und FDP insgesamt nicht einmal 15 Milliarden Mark an Nettokredit aufgenommen. Allein in den beiden letzten Jahren ...

SPIEGEL: Den Rezessionsjahren, in denen hohe Verschuldung geboten ist.

STRAUSS: Es gab auch früher konjunkturelle Schwankungen. Aber man hat in zwei Rezessionsjahren 70 Milliarden Mark Schulden aufgenommen, von denen nur ein Bruchteil für die Konjunkturbelebung verwendet worden ist.

SPIEGEL: Die nächste Bundesregierung muß sich für die wirtschaftliche Aufschwungphase entscheiden, ob sie der Stabilität Vorrang einräumt oder zunächst dem Abbau der Arbeitslosigkeit. Wo sehen Sie die Priorität?

STRAUSS: Es wird hier immer Zielkonflikte geben. Aber der törichtste Standpunkt ist der, zu glauben, man könne durch eine bewußt in Kauf genommene oder gar noch angeheizte Inflation die Arbeitslosigkeit auf die Dauer bekämpfen. Wir haben ja mal 20 Jahre lang Stabilität und Vollbeschäftigung miteinander verbunden. Das läßt sich auch nach Ablauf einiger Jahre wiederherstellen.



... auch nicht über Nacht ...

SPIEGEL: Sie können der amtierenden Regierung schlechterdings kaum vorwerfen, sie habe die Inflation gefördert. Die Bundesrepublik ist derzeit außer der Schweiz das Land mit der geringsten Inflationsrate.

STRAUSS: Für mich ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik seit dem Jahre 1969 bis heute eine kontinuierliche Periode. Hätte man im Jahr 1969 unsere Erfahrungen, Lehren und Warnungen, auch die aus meinem Munde, statt euphorische Siegesfanfaren zu blasen, ernst genommen, dann hätten wir erstens unsere Inflationsrate wesentlich niedriger halten können, zweitens hätten wir nicht Inflation exportiert, wie es ja auch von seiten der Bundesrepublik her sowohl durch ihre Konjunkturpolitik wie auch durch ihre Währungspolitik zum großen Teil geschehen ist. Ein Teil der Inflation des Auslandes ist bei der starken weltwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik von uns exportiert worden, allerdings wieder als Inflationsgefahr importiert worden.

SPIEGEL: Das ändert nichts daran, daß die Inflationsrate geradezu vorbildlich ist.

STRAUSS: Wir können uns ja hier zusammensetzen und ein Te Deum für Helmut Schmidt singen.

SPIEGEL: Wie stehen Sie zur Kreditgewährung an Ostblockstaaten als einem Instrument der Ost-West-Entspannung?

STRAUSS: Eine normale Handelspolitik schließt auch normale Kreditgewährung für die Durchführung größerer Projekte über längere Zeiten ein. Aber ich sage nein zu kommerziell nicht vertretbaren Krediten, ein Nein zu verkappten Reparationen und ein Nein zu Leistungen, die von kommuni-

dafür die Preise drastisch heraufgesetzt werden. Warum die Bevölkerung der Sowjet-Union über die Mängel ihres Wirtschaftssystems, übrigens genauso auch die Bevölkerung der DDR, zunehmend ungehalten ist und murrst, während andererseits gigantische Rüstungsmaschinerien aufgebaut werden, die Sowjet-Union zum Beispiel eine ungeheuer kostspielige, weltweit operierende Marine aufbaut.

SPIEGEL: Herr Strauß, würden Sie die derzeitige Praxis der Kreditgewährung gegenüber dem Osten revidieren?

STRAUSS: Bestandsaufnahme und Überprüfung, und das unter politischen Gesichtspunkten, nicht nur unter kommerziellen Gesichtspunkten.

SPIEGEL: Wie anders wollen Sie das kleine Quentchen mehr Menschlichkeit in die deutsch-deutschen Beziehungen hineinbringen?

STRAUSS: Auf keinen Fall auf dem Wege, daß man einer zur permanenten Erpressung benutzten Unmenschlichkeit mit der Phrase „mehr Menschlichkeit“ — das heißt immer mehr zahlen — zustimmt.

SPIEGEL: Wenn man es bislang geschafft hat, mit solchen kleinen Schritten, die Sie offensichtlich nicht richtig finden, 1975 fünf Millionen Menschen von einem Teil Deutschlands in den anderen reisen zu lassen, den Telefonverkehr wieder in Gang zu bringen...

STRAUSS: Ich bin gegen große Sprünge und für kleine Schritte, aber nicht alle kleinen Schritte sind Fortschritte.

SPIEGEL: Wenn Sie kleine Schritte nicht anerkennen, dann müssen Sie eine Alternative zeigen.

STRAUSS: Wenn eine Politik so falsch angelegt ist, daß man für große Leistungen kleine Gegenleistungen erhält, dann kann man nicht theoretisch nachträglich beweisen, daß man eine andere Politik der Leistungen und Gegenleistungen im gleichen Ausmaße hätte durchsetzen können. Diese Frage ist intellektuell unehrlich, ist faktisch töricht und führt zur Lösung des Problems nicht nur nicht weiter, sondern ist psychologische Ermutigung für die anderen, diese Politik der Unmenschlichkeit zur ständigen finanziellen Erpressung und politischen Ausbeutung weiterhin fortsetzen zu können. Mehr sage ich nicht dazu.

SPIEGEL: Was versprechen Sie sich von Ihrem Flirt mit den Chinesen für die europäische Entspannungspolitik?

STRAUSS: Ich habe die Chinesen nie gebeten, mir oder uns oder wem auch immer bei der europäischen Entspannungspolitik behilflich zu sein. Ich schätze die philosophische Weisheit, geschichtliche Reichweite und den politischen Instinkt der Chinesen, auch wenn sie heute unter einer politischen Führung sind, die wahrlich nicht meinen Wertordnungsvorstellungen entspricht.

SPIEGEL: Also die Weisheit und die geschichtliche Größe des chinesischen Volkes sind es, die Sie anziehen?

STRAUSS: Wenn der große Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas zu dem kleinen Vorsitzenden einer demokratischen Volkspartei in Bayern sagt: Sagen Sie Ihren Landsleuten, sie sollen sich vor der Finnlandisierung hüten, das sei die größte Gefahr, die den Europäern drohe, dann muß ich nur dessen Weisheit gegenüber der Weisheit mancher Eierköpfe bei uns trotz meiner anderen weltanschaulichen Einstellung bewundern. Auch sein



... aus Schulden ...



... Vermögen machen“

stischen Regierungen benutzt werden, um die Schwächen ihrer Planwirtschaft vor der Bevölkerung zu verbergen und gleichzeitig eine weltweit bedrohende imperialistische Rüstungspolitik auch zu Lasten ihrer eigenen Bevölkerung und mit Unterstützung der westlichen Demokratien betreiben zu können.

SPIEGEL: Wenn man jemandem Kredit gibt, stärkt man dessen wirtschaftliche Kraft.

STRAUSS: Hier ist zumindest eine Bestandsaufnahme und eine Überprüfung erforderlich. Der gesamte Marshall-Plan der Amerikaner für den Wiederaufbau der kriegszerstörten europäischen Länder belief sich auf 15 Milliarden Dollar. Diese 15 Milliarden Dollar sind etwa über denselben Zeitraum hinweg gegeben worden, in dem nunmehr die Europäer und die Amerikaner zusammen 40 Milliarden Dollar dem Sowjetblock zur Verfügung stellten. Ich verstehe eigentlich nicht, warum in Polen die Löhne nicht erhöht,

SPIEGEL: SED-Chef Honecker hat gerade auf der Leipziger Messe Erleichterungen im Ost-West-Reiseverkehr in Aussicht gestellt...

STRAUSS: Das Wahlgeschenk vom Dienst.

SPIEGEL: ... wenn die Devisenlage in der DDR sich bessert. Würden Sie der DDR um diesen Preis helfen, ihre Währungsreserven zu erhöhen?

STRAUSS: Es ist nicht unsere Aufgabe, ein so schäbiges Geschäft mit der Menschlichkeit zwischen Erpresser und Erpreßtem laufend zu finanzieren. Es ist doch ein Skandal, wenn ein Staat, der die Menschenrechtskonvention der Uno unterschrieben hat, alle Freiheiten und Rechte von Staats wegen einkassiert, um sich dann gegen kleine, zeitlich limitierte Erleichterungen ständige Honorare zu verschaffen.

Tod ändert an der Richtigkeit dieser Erkenntnis nichts.

SPIEGEL: Den liebevollen Rat gab Ihnen ein Marxist.

STRAUSS: Ich habe nicht über liebevoll oder nicht liebevoll zu befinden. Die Chinesen sind ein Volk, das in seiner geographischen Lage und seinem geschichtlichen Schicksal viele Erfahrungen mit seinen Nachbarn gesammelt hat.

SPIEGEL: Wie sieht Franz Josef Strauß den Fortgang der Europa-Politik, wenn die Gefahr kommunistischer Regierungsbeteiligungen bei den wichtigsten Partnern immer größer wird?

STRAUSS: Eine europäische Einheit, wie wir sie anstreben, vom Ge-

muß man zwischen dem kleinen und dem größeren Übel entscheiden.

SPIEGEL: Nun ließe sich ja vorstellen, daß Kommunisten in Volksfrontregierungen die Vertragsziele als Koalitionspartner bejahen. Warum haben Sie eigentlich Helmut Schmidt so gebeutelt, als er sagte, wenn die Kommunisten in Italien mitregieren würden, müsse man sich überlegen, Italien weitere Kredite zu gewähren?

STRAUSS: Die Frage ist nicht sehr sinnvoll, weil sie nicht die Problemstellung wirklich wiedergibt. Derselbe Helmut Schmidt hat wenige Wochen vorher Herrn Berlinguer öffentlich gelobt und ihn als einen vertrauenswürdigen Idealisten bezeichnet, denselben Berlinguer, dem er hernach dann die Kredite

SPIEGEL: Womit?

STRAUSS: Die deutsche Sozialdemokratische Partei hat nichts, aber nichts getan, um die Bildung einer demokratischen Mehrheitsregierung in Italien mit Einschluß der Sozialisten und ohne die Kommunisten zu begünstigen.

SPIEGEL: Das ist auch kaum ihre Sache.

STRAUSS: Es gibt eine sozialistische Internationale. Ich sage Ihnen, daß die Sozialdemokratische Partei, deren stellvertretender Vorsitzender Helmut Schmidt ist, nichts, aber nichts tut, um die italienischen Sozialisten zu bewegen, in diesem Sinne sich politisch zu verhalten.

SPIEGEL: Herr Strauß, Ihr Kanzlerkandidat Kohl hat uns in einem SPIEGEL-Gespräch gesagt, er würde sich um die Kanzlerschaft auch bewerben mit einer Stimme unter der Mehrheit. Was halten Sie davon?

STRAUSS: Wenn die CDU/CSU eine Stimme unter der Mehrheit bekommt — darf ich das einmal arithmetisch darstellen —, dann hat keiner die Mehrheit. Das ist die Patt-Situation. Denn mit Mehrheit regieren, heißt 249. Also eine Stimme weniger als die Mehrheit wäre 248. Wenn Sie meinen, eine Stimme weniger als die Hälfte, dann wären das 247.

SPIEGEL: Wir haben Kohl so verstanden, daß er meint: mit einer Stimme weniger als der Hälfte. Das hieße, entweder ein Minderheitenkabinett bilden oder zu versuchen, die FDP doch noch herüberzuziehen.

STRAUSS: Wenn wir davon ausgehen, daß die Unionsparteien 247 Mandate hätten, müßten die anderen 249 haben, die Berliner Stimmen abgerechnet. Dann müßte es so sein, daß die anderen mit ihren 249 Stimmen nicht in der Lage sind, einen Kanzler mit mehr Stimmen zu wählen als die CDU/CSU, deren 247 Stimmen dann mit Sicherheit Helmut Kohl gelten würden. In dem Falle darf sich Helmut Kohl der Verantwortung nicht entziehen.

SPIEGEL: Und wie sieht es mit der FDP aus?

STRAUSS: Gut, wenn er die FDP herüberziehen kann. Sie wissen, daß ich bei aller Schärfe meiner Kritik an der FDP und ihrer nicht immer erfreulichen und manchmal sogar verhängnisvollen Rolle im Gesamtverlauf der letzten Jahre immer einer Koalition mit der FDP das Wort geredet habe. Ich bin dafür auch in den eigenen Reihen mehrmals wegen wiederholter Andeutungen dieser Art, sogar im Vorstand der CSU, getadelt worden.

SPIEGEL: Wenn es schon sein kann, daß Sie auf die FDP angewiesen sind, warum verprellen Sie sie dann als „Steigbügelhalter-Partei“?



China-Reisender Strauß, Mao: „Ich schätze die philosophische Weisheit“

meinsamen Markt, der noch lange nicht vollendet ist, bis zu einer politisch handlungsfähigen Aktionseinheit läßt sich nicht zwischen grundsätzlich verschiedenen Gesellschaftssystemen herstellen. Wenn dieser Weg, der natürlich immer über Paris führen muß, ohne daß er mit Paris allein gegangen werden kann, in absehbarer Zeit keinen Erfolg verspricht, braucht dieser Weg nicht aufgegeben zu werden. Aber gerade bei einer volksfrontartigen Entwicklung im Süden und im Westen müßte dann, wenn die Bundesrepublik nicht als freier Staat untergehen will, die Bindung an den immer noch gesündesten und potentesten Partner, nämlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, verstärkt werden. Ich gebe mich keinem Zweifel darüber hin, weil ich ja nicht so plump bin, wie andere mich halten, daß eine solche politische Konstellation außerordentliche Schwierigkeiten und Belastungen mit sich bringen würde. Aber in dem Fall

sperrern will, so ein Unhold, einem so anständigen, ehrlichen und lebenswürdigen Mann wie Berlinguer die Kredite zu sperren, möchte ich ironisch sagen.

SPIEGEL: Damit liegt er doch auf Ihrer Linie.

STRAUSS: Derselbe Schmidt hat erklärt, kommunistische Minister in Italien und Frankreich seien noch lange keine Katastrophe. Er hat sogar Giscard zum Willkommen gesagt: Wenn an Ihrer Stelle mal ein Kommunist kommt, den begrüße ich genauso herzlich wie Sie. Der wird auch ins Reihenhäuser eingeladen nach Hamburg und kriegt natürlich das Eintopfgericht von Frau Loki serviert. Das ist also die europäische Idylle. Die Politik der SPD gegenüber der kommunistischen und sozialistischen Partei Italiens widerspricht dieser von Schmidt aus wahlkampfpolitischen Gründen verkündeten Parole; denn die deutsche Sozialdemokratische Partei unterstützt die Volksfrontbemühungen in Italien.



Kanzlerkandidat Kohl, Strauß: „Erfahrung zur Verfügung stellen“

STRAUSS: Ich glaube nicht, daß die FDP aus neurotischen Pensionstöchtern besteht, die durch harte Ansprache auf der Straße bis zum Ende ihres Lebens unter Schreckvisionen leiden.

SPIEGEL: Und wenn die Freidemokraten die Bedingung stellen, in eine bürgerliche Koalition nur einzutreten, wenn Franz Josef Strauß ihr nicht angehört?

STRAUSS: Das habe ich schon öfter gehört.

SPIEGEL: Wir auch, deshalb fragen wir Sie.

STRAUSS: Das hat später auch Mende als eine seiner größten Torheiten erklärt.

SPIEGEL: Das war „ohne Adenauer“.

STRAUSS: Nein, Mende hat später bei Ludwig Erhard erklärt: Ein Kabinett mit Ludwig Erhard, aber ohne Strauß. Und er hat es später als seine größte politische Torheit erkannt. Da ich die FDP durchaus für lernfähig halte, auch für fähig, aus eigenen Fehlern Konsequenzen zu ziehen, glaube ich nicht, daß die FDP den unter Mende begangenen Fehler in dieser Form wiederholen würde.

SPIEGEL: Sie meinen, wer „ohne Strauß“ sagt, begeht einen Fehler?

STRAUSS: Das ist eine Konstellation, bei der ein weiter Teil der Öffentlichkeit von vornherein die undemokratische Einstellung einer solchen Parole nicht verstehen und anprangern würde.

SPIEGEL: Sie haben sich dafür entschieden, Finanzminister in einem Kohl-Kabinett zu werden, zugleich aber angekündigt, Sie würden sich „ganz besonders“ um die Außenpolitik

kümmern. Sie würden „keiner Regierung angehören, die nicht die Grundsätze einer von mir für richtig gehaltenen deutschen Außenpolitik genauso konsequent vertreten würde, wie ich es als Außenminister tun würde“. Und Sie wollen dem Kanzler Ihren Rat ange-deihen lassen, der, so Strauß wörtlich, „selbst eine andere politische Vorgesichte hat und der deshalb der Zusammenarbeit aller einschlägigen Kräfte in besonderem Maße bedarf“. Guckt hinter diesen Formulierungen der alte omnipotente Strauß raus, der alles kann und noch mehr?

STRAUSS: Ich weiß nicht, welche konspirativen Gedankengänge oder komplizierten Denkmethode Sie zu einer Fragestellung dieser Formulie-

rung verführen. Viele Politiker der Union und auch manche Kreise der Öffentlichkeit haben mich aufgefordert, mich im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU für das Auswärtige Amt zu entscheiden. Ich hatte von Helmut Kohl die Freiheit der Entscheidung.

SPIEGEL: Sie sagten einmal: „Ich habe die Prärogative.“

STRAUSS: Prärogative, ja, die Freiheit der Entscheidung. Um diesen Leuten die Enttäuschung zu nehmen, daß ich mich anders entschieden habe, habe ich gesagt, daß ich selbstverständlich von jeder Regierung, der ich angehöre, voraussetze, daß sie die von mir, aber nicht von mir persönlich, sondern von mir im Sinne unserer gemeinschaftlichen politischen Grundhaltung befürwortete Außenpolitik ihrerseits einhält. Ich würde zum Beispiel keiner Regierung angehören, die den Kurs Egon Bahrs gegenüber den kommunistisch regierten Ländern im europäischen Osten und in der Welt ihrerseits fortsetzt.

SPIEGEL: Das befürchtet man bei einem Außenminister Carstens auch nicht.

STRAUSS: Es ist gut, daß auch Sie hier meine Auffassung bestätigen. Man soll nicht Gegensätze oder abwertende Urteile konstruieren, wo es solche nicht gibt. Meine politische Vergangenheit ist genauso klar wie die von Helmut Kohl. Ich bin nunmehr 27 Jahre im Deutschen Bundestag und war schon vorher fast zwei Jahre sogar in einem sehr kleinen noblen Parlament, nämlich dem Frankfurter Wirtschaftsrat an entscheidender Stelle, nämlich in der Durchsetzung der Marktwirtschaft, tätig. Als solcher bin ich bekannt. Ich schätze und achte die politischen und menschlichen Qualitäten Helmut Kohls, seine Fähigkeiten als Parteivorsitzender, seine Leistungen als Ministerpräsident und seine systematische



Dem Sieger einen Kranz

Die Zeit

Durchdringung der bundespolitischen Themen.

SPIEGEL: Aber Sie glauben, er habe ein Manko auf dem Gebiet der Außenpolitik.

STRAUSS: Es kann nicht ein Junger, noch bevor er sein Amt übernimmt, Vollkommenheit erwerben, um das Amt übernehmen zu dürfen, sonst würden aus hoffnungsvollen Nachwuchspolitikern ergraute ältere Staatsmänner. Wenn der Ministerpräsident eines Landes Regierungschef des Gesamtstaates wird, dann hat er Anspruch darauf, daß diejenigen, die vor ihm auf der bundespolitischen Ebene parlamentarisch und administrativ in Spitzenfunktionen tätig waren und eine langjährige Erfahrung gesammelt haben, ihm diesen durch nichts zu ersetzenden Schatz an Erfahrungen und Erkenntnissen auch zur Verfügung stellen.

SPIEGEL: Sehen Sie sich als elder statesman in einem Kabinett Kohl?

STRAUSS: Ich fühle mich in meiner geistigen und körperlichen Gesamtkonstitution eigentlich noch reichlich jung.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, Sie seien heute noch immer 16 Jahre jünger als Konrad Adenauer zu der Zeit, als er Bundeskanzler wurde.

STRAUSS: Nur noch 13 Jahre.

SPIEGEL: Heißt das, daß Sie keinesfalls resignieren, auch wenn Sie die Mehrheit nicht bekommen, und heißt das, daß wir uns noch weiter mit Franz Josef Strauß beschäftigen müssen?

STRAUSS: Ich freue mich sehr, weitere SPIEGEL-Gespräche führen zu können. Sie wissen ja, daß ich nach der Meinung Ihres hochgeschätzten Organs bereits 30 Jahre verbissen auf dem Wege zur Macht bin...

SPIEGEL: ... und auch mal dran waren, was wir zu spüren bekommen haben.

STRAUSS: ... dann müssen Sie sich mit dem Haftrichter in Karlsruhe unterhalten, nicht mit mir. Da ich also nach Meinung Ihres Organs schon seit 30 Jahren eigentlich praktisch nicht zum Schlafen gekommen bin, weil ich immer im Bett sitzend auf die Stunde warte, wo ich als Kanzler gerufen werde, kann ich Ihnen versichern, daß ich diesen Zustand auch noch die nächsten 30 Jahre fortsetzen werde.

SPIEGEL: Wir halten es für legitim, daß ein Mann, der sich für fähig hält, Kanzler zu sein, auch darauf wartet oder darauf hinarbeitet, Kanzler zu werden.

STRAUSS: Es wäre so schön gewesen, wenn Sie gesagt hätten, der auch nach unserer Meinung durchaus die Fähigkeit hat, Kanzler werden zu können und der demgemäß ungerecht behandelt wird. Das wäre so ein schöner Schluß gewesen. Damit hätten Sie doch noch einmal ansetzen können, um mich „hochzujagen“. Den Gefallen tue ich Ihnen nicht.

SPIEGEL: Herr Strauß, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

TV-WAHLWERBUNG

Sehr im dunkeln

Die aggressiven, emotional aufgela-den Fernsehfilme der Union verschreckten und verärgerten die Sozialdemokraten. Mit einer neuen Strategie will die SPD zurückschlagen.

An diesem Dienstag, pünktlich um 19.22 und um 20.15, wird die SPD mit CDU-Mitteln für sich werben. Nach ZDF-Heute und ARD-Tageschau wollen die Sozialdemokraten ihre Wahlwerbespots mit Ausschnitten aus den TV-Kurzfilmen der Union beginnen. Dann soll Kanzler Helmut Schmidt auftreten und ebenso staats-

Eigentlich hatten die insgesamt 52 Zweieinhalb-Minuten-Stücke, die von den beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten kostenlos ausgestrahlt werden, der Information der Wähler dienen sollen. Nach zähem Streit war im Sommer zwischen den Parteizentralen vereinbart worden, daß die SPD zehn, die CDU acht, FDP und CSU jeweils fünf Filme auf eigene Kosten herstellen und über beide Kanäle unter Wahlvolk bringen sollten. Jede der Splitterparteien darf sich zweifach ins Bild setzen.

Schon die ersten Spots lösten Unruhe unter Wählern und in den Parteizentralen aus. Insbesondere die Sozialdemokraten schreckten auf: Sie hatten offenbar die Fernseh-Künste ihres Gegners unterschätzt.



Wahlkämpfer Schmidt*: Die Propaganda-Technik des Gegners unterschätzt

männisch wie entschlossen die Fernsehwerbung der Union als Gesellenstück politischer Demagogie anprangern.

Deutlicher noch, als sie durch diesen überraschenden Gegenangriff verraten, fühlen sich die Sozialdemokraten von der Bildschirm-Attacke der Unions-Konkurrenz getroffen.

„Die haben alle Bedenken über Bord gehen lassen“, meint Volker Riegger, Wahlkampfplaner der SPD, „so können sie natürlich ungeheuer starke Wirkungen erzielen.“ Und Harry Walter von der Düsseldorfer ARE-Werbeagentur, die den Fernsehwahlkampf der SPD bestreitet, fürchtet, sein Konzept sei obsolet geworden: „Da gibt es kaum noch Chancen, über politische Programme zu streiten. Jetzt müssen wir die Methode der CDU zum Wahlkampfthema machen.“

* Mit Regisseur Pflöghar, Journalistin Gisela Wicke in der Bonner SPD-Zentrale vor der Aufzeichnung eines Werbespots.

In fast allen Wahlkämpfen der letzten Jahre nämlich war den Unionswerbern allenfalls Durchschnittliches gelungen. Vor den Bundestagswahlen von 1969 und 1972 hatten ihre Werbefilme nicht gegen die Spots des im Schauge-schäft („Klimbim“, „Lieben Sie Show?“) versierten SPD-Regisseurs Michael Pflöghar bestehen können.

Diesmal, bei ihrem „ersten wirklich professionellen Wahlkampf“, hat die CDU nach Ansicht des Präsidenten des Bundes Deutscher Werbeberater, Carlhans Damm, „gründlich von der SPD gelernt“.

Unter strikter Geheimhaltung produzieren und montieren Experten aus Axel Springers TV-Produktionsgesellschaft Ullstein AV nach allen Regeln moderner Werbetechnik das Weltbild des Helmut Kohl. Nicht einmal die Namen der Unions-Werber, die sich bislang mit Springers audiovisuellen Experimenten und einigen Lehrfilmen be-